Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 50

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

duktion eingeführt werden, dass die Industrie nicht bei alten abgenutzten, moralisch verschliessenen Ausrüstungen stehenbleibt. Das ist das Gesetz, von dem wir uns in unserer Arbeit leiten lassen müssen.

Wir haben ein riesiges Land. Es verfügt über unerschöpfliche Hilfsquellen. Natürlich kann man in den Grenzen unseres Landes mit Erfolg neue, moderne Methoden der Fliessbandproduktion anwenden. Wir dürfen aber nicht nur an unser Land und an die Entwicklung der eigenen sozialistischen Wirtschaft denken. Wir dürfen unsere Wirtschaft nicht losgelöst von den sozialistischen Bruderrepubliken, besonders von denen, die über beschränkte Rohstoffquellen verfügen und eine geringe Industrieproduktion haben, entwickeln. Wenn jedes sozialistische Land nur für sich selbst sorgen würde, käme es in eine schwierige Lage und hätte nicht die Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen, die die Massenfliessbandproduktion liefert.

Bekanntlich gehen sogar die kapitalistischen Länder zur Kooperation der Produktion und zur Arbeitsteilung über, weil sie darin mehr Vorteile für sich sehen.

Um so mehr müssen die sozialistischen Länder, die eine gemeinsame Ideologie, eine Einheit der politischen Anschauungen haben, voll und ganz die Vorzüge ihrer sozialistischen Wirtschaft nutzen.

Jetzt ist eine engere Koordinierung der Produktionspläne der Länder erforderlich, die dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören.

Bei der Ausarbeitung der Entwicklungspläne der Wirtschaft muss man die Interessen aller Länder berücksichtigen, solche Produktionsarten entwickeln, die gegenwärtig am vorteilhaftesten sind. Einige sozialistische Länder besitzen viele Rohstoffarten und andere notwendige Hilfsquellen für die Entwicklung der Wirtschaft nicht. In solchen Fällen ist es offensichtlich notwendig, zwischenstaatliche Wirtschaftsvereinigungen auf kommerzieller Grundlage, mit gleichen Anteilen, mit einem bestimmten Anteil von Investitionen für die Produktion dieses oder jenes Erzeugnisses zu schaffen. Das muss natürlich auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den sozialistischen Ländern geschehen.

Es ist notwendig, die wirtschaftlichen und organisatorischen Anstrengungen aller dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Länder zu vereinen, damit sie alle die Möglichkeit erhalten, die Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik für die Entwicklung ihrer Wirtschaft zu nutzen.

Die Moskauer Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Regierungschefs der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die im Juni 1962 stattfand, war ein grosses Ereignis im Leben der Völker der sozialistischen Gemeinschaft. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es für die Vertreter der Länder, die dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören, in nicht ferner Zukunft notwendig sein, erneut auf höchster Ebene zusammenzutreffen, um auf dem Wege der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen weiteren Schritt vorwärts zu tun.

Wir müssen kühner an die Schaffung eines für alle Länder gemeinsamen einheitlichen Planungsorgans herangehen, das aus Vertretern aller dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Länder besteht. Dieses Planungsorgan muss sich aus bevollmächtigten Vertretern zusammensetzen, die gemeinsame Pläne aufstellen und organisatorische Fragen entscheiden, um die Entwicklung der Wirtschaft der Länder des sozialistischen Systems zu koordinieren.

Aussichten?

Wie weit diese totale Zentralisierung des RGW-Raumes tatsächlich durchgeführt werden kann, ist fraglich, denn schon die gegenwärtigen Koordinierungsbestrebungen der Produktion stossen auf den Widerstand der einzelnen Länder. Ferner muss darauf hingewiesen werden, dass sich — laut jüngsten Meldungen — das bisherige sowjetische Planungssystem als unfähig erwiesen hat, die Wirtschaft des Landes mit Erfolg zu leiten. Wenn nun das Gebiet der zentralen Planung sich weiter vergrössert, kann noch weniger mit einer erfolgreichen Planungstätigkeit gerechnet werden. (Fortsetzung folgt)

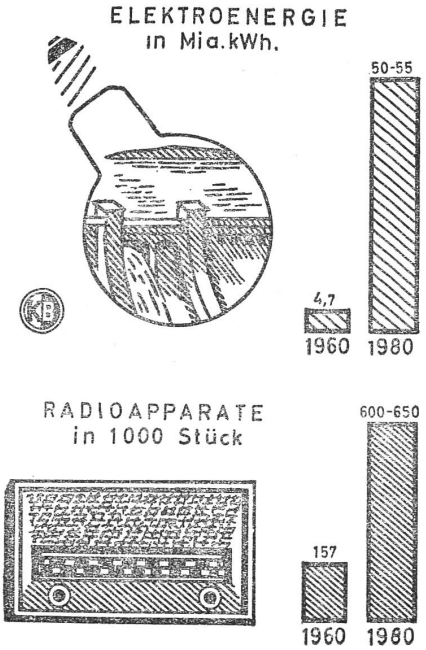
Wirtschaft

Bulgarien

Perspektive von unten

Das ergänzende Gegenstück zu den bulgarischen Perspektiven auf dem Versorgungssektor (siehe KB, Nr. 48) stellt die geplante Entwicklung der Industrieproduktion dar, von deren hohen Zielen unsere beiden Zeichnungen (Elektroenergie und Radioapparate) einen Begriff geben.

So sehr sich die Parallele in bezug auf diese triumphierenden und natürlich höchst ungenauen Darstellungen aufdrängen mag, so ist sie doch inhaltlich nicht so weitreichend. Sprachen wir bezüglich der Landwirtschaft von einer «euphoristischen Zukunftsmalerei, mit der die Bevölkerung über die gegenwärtigen misslichen Bedingungen hinweggetröstet werden soll», so ist bezüglich der Industrialisierung die Lage schon insofern anders, als beträchtliche Erfolge tatsächlich schon erzielt wurden und weiterhin erzielt werden. Letztes Jahr war die Industrieproduktion des Landes 14mal höher als 1939, und das Zuwachstempo nimmt vorderhand immer noch zu. Betrug der durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion zwischen 1953 und 1957 noch 12,7 Prozent, so lag er im Zeitabschnitt 1958 bis 1960 bereits auf 16,2 Prozent. 1965 will man um 70 Prozent mehr produzieren als 1960, und es scheint möglich, dass dieses Vorhaben einigermassen erfüllt wird. Die beschleunigte Entwicklung betrifft insbesondere das Hüttenwesen, die grossindustriellen Betriebe, den Maschinenbau und die Kraftwerke. Ein weiterer, stark «getriebener» Zweig ist die chemische Industrie, namentlich die Kunstdüngerherstellung.



Während andere Volksdemokratien (soeben etwa Polen) wieder kleiner werdende Zuwachsraten melden, hält in Bulgarien die Beschleunigung also noch an. Das liegt an der auch auf Ostblockverhältnisse noch unterentwickelten Industrialisierung, die sich somit noch im Anfangsstadium des kräftigen Wachstums befindet und dazu besondere Unterstützung durch den Comecon erhält, zum Teil auf Kosten der andern sowjetischen Satellitenstaaten.

Nicht zu vergessen aber ist vor allem das kommunistische Wirtschaftsprinzip (von Chruschtschew noch auf der letzten ZK-Sitzung bestätigt), wonach die Schwerindustrie immer Vorrang vor der Bedürfnisdeckung für die Bevölkerung erhält. Verschiebungen im Verhältnis werden jeweils mit grossem propagandistischem Lärm angekündigt, sind aber nur relativ zu verstehen. Der Prioritätsgrundsatz für die Schwerindustrie besteht nach wie vor.

Soziales

CSSR/Schweiz

Diskrimination der Frauenarbeit

Die Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus», welche in verschiedenen Sprachen erscheint und Theorie und Propaganda der KP betreibt, pflegt in Nummer 10 dieses Jahres einen Meinungsaustausch über «die Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft».

Dazu erscheint unter anderm ein Beitrag aus der Schweiz, gezeichnet Henriette Rouget. Sein allgemeines Motiv ist eine Klage über das mangelnde Interesse unserer Frauen an der KP. («Die Partei verfügt auch jetzt über einen Stamm von ergebenen und aktiven Parteiarbeiterinnen, es sind zumeist Frauen im Alter von über 40 Jahren, ausgewählt aus den Reihen der Hausfrauen, der Ehefrauen der Genossen.») Soweit, so erfreulich.

Nun erwähnt aber die Verfasserin unter den Postulaten der PdA die Forderung «Gleiche Arbeit — gleicher Lohn» und führt weiter vorne den Beweis für die Diskriminierung der Frauenarbeit: «Man muss ferner hervorheben, dass der durchschnittliche Stundenlohn der schweizerischen Werktätigen bedeutend niedriger ist, als man ihn gewöhnlich hinzustellen sucht: Im Oktober 1961 betrug er 3,83 Schweizer Franken für Männer und 2,44 Franken für Frauen.»

Wie es sich trifft, hätte Henriette Rouget das PdA-Postulat auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit gleich der KP der Tsche-

choslowakei empfehlen können, wo die Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» erscheint. Am 21. November 1962 stellte die Parteizeitung «Rude Pravo» (Prag) fest: «In der Industrie beläuft sich der durchschnittliche Männerlohn auf 1786 Kronen, jener der Frauen auf 1169 Kronen.» So also wird die Forderung verwirklicht, wenn die Partei, die sie aufstellt, dann tatdie Macht hat.

Die CSSR steht mit ihrer Diskriminierung übrigens im sozialistischen Lager nicht allein da. In Ungarn standen ebenfalls Fälle zur Diskussion, wo Frauen für die gleiche Arbeit zwei Drittel des Männerlohnes erhielten (sogar Parteigenossinnen).

Presse

CSSR

Sie sagen es selber

Alle Diskussionen über die Pressefreiheit — ein Thema, das derzeit in der westlichen Presse einen breiten Raum einnimmt — sind nach Ansicht der tschechoslowakischen Parteitheoretiker «Unsinn».

Ein Artikel, den die Vierteljahresschrift des Instituts für Journalistik, «Novinarsky Sbornik», unter dem Titel «Die materialistische Vorstellung von der Pressefreiheit» veröffentlichte, beschreibt mit überraschender Offenheit, was nach Ansicht der Kommunisten mit abweichenden Meinungen zu geschehen hat.

«Hier», so heisst es in dem Artikel, «kann sich das Pressewesen (und nicht nur die ausgesprochenen Parteizeitungen) unter Bedingungen entwickeln, unter denen es die Arbeiterklasse ist, die alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Hebel in der Hand hält, die jederzeit dazu benützt werden können, alle Arten von Veröffentlichungen zu unterbinden, und zwar nicht nur von ausgesprochen Konterrevolutionären (die ohnedies bereits im Verlaufe der politischen Revolution verschwunden sind), sondern genau so gut auch der konservativen Presse.

Dadurch wird die Existenz einer Presse unterbunden, die Lügen verbreitet, die sich nicht nur in Konflikt mit den Interessen der herrschenden Klasse, sondern auch mit der Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft, mit den Interessen der gesamten Gesellschaft befindet — ausgenommen die geschlagene Bourgeoisie und ihre Lakaien.»

«Novinarsky Sbornik» warnte: «Wer Unsinn über ‚Demokratie' und über ‚Pressefreiheit' schwätzt..., ist ein Gefangener einer Illusion der wahren Demokratie und der wirklichen Freiheit, zu leben — und der Pressefreiheit.»

Das Blatt verteidigt dann mit starken Worten die Zensur, die als «nichts anderes als der Ausdruck der hemmenden Funktion des Staates in der Sphäre des ideologischen Klassenkampfes und des ideologischen theoretischen Kampfes innerhalb der gegebenen Klasse» bezeichnet wird.

Die Zensur sei nur vorübergehend «eine Defensivmassnahme gegen bourgeoise Ideen und deren Verbreitung unter Bedingungen, unter denen diese Ideen, wenn auch nur unter bestimmten Umständen, eine soziale Gefahr werden könnten, denn in der Gesellschaft gibt es immer noch Individuen, die diese Ideen, wenn auch nur zeitweilig, dazu benützen könnten, die politische und gesellschaftliche Ordnung umzukehren.»

Das Blatt fährt dann fort: «Nur sehr naive Leute können der Ansicht sein, dass die Kommunisten, die nicht einen einzigen Augenblick zögerten, die bourgeoise Presse zu verbieten, lange darüber nachdenken würden, wenn es darum ginge, zu verhindern, dass die legale Presse oder sogar die sozialistische Presse von konterrevolutionärer Ideologie durchdrungen würde. In der Politik und in der Sphäre der Ideologie sind die Kommunisten keinesfalls Anhänger des ‚freien Wettbewerbs'.»

Die Zensur im allgemeinen zu bekämpfen, ohne danach zu fragen, welche Ansichten eigentlich ihr zum Opfer fallen, schreibt das Blatt, sei das gleiche, wie ganz allgemein für die Pressefreiheit zu kämpfen, «ohne danach zu fragen, um welche Freiheit für die Presse es sich eigentlich handelt».

Die Zensur, so heisst es weiter, argumentiere nicht — sie streiche ganz einfach. «Sie setzt eine bestimmte öffentliche Meinung voraus», schreibt das Blatt. «Eine gegebene öffentliche Meinung bestimmt, welche Ansichten als öffentliche Meinung wirksam werden dürfen und welche Ansichten ausgeschlossen werden müssen, zu bestimmten Zeiten ein Teil der öffentlichen Meinung zu werden.»

«Novinarsky Sbornik» macht aber die interessante Einschränkung, dass es nicht immer leicht sei, einen Wettstreit der Ideen «innerhalb der eigenen Reihen, innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus und Kommunismus» vom Kampf «zwischen dem Proletariat und den bourgeoisen Ideologien» zu unterscheiden: «Was gestern eine Lüge war, kann heute die Wahrheit sein und umgekehrt; was gestern der Bourgeoisie diente, kann heute dem Proletariat nützlich sein und umgekehrt.»

Partei

UdSSR

Wieder eine neue Parteigeschichte

In einer Auflage von 1 Million Exemplaren ist nun die zweite Ausgabe des Lehrbuches «Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion» im Staatsverlag für politische Literatur in Moskau erschienen. Dieses Buch, welches rund 800 Seiten umfasst, wurde von einem «Autorenkollektiv» unter der Leitung von ZK-Sekretär B. Ponomarev vorbereitet.

Die zweite Ausgabe enthält zwei neue Kapitel: über die Rolle der Partei im kommunistischen Aufbau (1959—1961) und über den 22. Parteitag.

Das offizielle Parteiorgan «Pravda» widmete dieser Neuausgabe der Parteigeschichte einen grossen Artikel, in welchem darauf hingewiesen wird, dass in dieser Ausgabe die neuen Archivunterlagen verwendet wurden: «Entsprechend den Beschlüssen des 22. Parteitages enthält das Buch eine Kritik des Personenkultes Stalins. Auf Grund der Parteidokumente und des Archivmaterials werden zahlreiche Fehler und grobe Fehlrechnungen Stalins behandelt. Es wird darin festgestellt, dass der Personenkult Stalins sich allmählich entwickelte und etwa im Zeitpunkt des 17. Parteitages voll entfaltete, ferner dass er der Partei und dem Lande einen gewaltigen Schaden zugefügt hat. Besonders krasse Formen nahm der Personenkult nach der Ermordung S. M. Kirovs an. Stalin benutzte dieses Ereignis, um mit den ihm unbequemen Leuten abzurechnen. Nach dem 17. Parteitag hat Stalin die kollektive Meinung der Partei und des Zentralkomitees gar nicht mehr berücksichtigt und verletzte gröblich die Leninschen Normen des Parteilebens. Als Folge der Willkür Stalins und seiner Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeiten haben zahlreiche schuldlose Partei-, Sowjet- und Militärfunktionäre ihr Leben verloren, darunter namhafte Parteiführer, die in der Oktoberrevolution und im Bürgerkrieg aktiv mitgewirkt haben.

Da die Parteipropagandisten genau wissen, dass mit der Verurteilung Stalins die furchtbaren Verbrechen nicht aus der Welt geschafft werden können und dass man im Volke sich immer mehr Gedanken über sichere Garantien gegen eine Wiederholung des Schreckensregimes macht, zitiert der Artikelverfasser das neue Lehrbuch: «Die prinzipielle marxistisch-leninistische Kritik des Personenkultes durch die Partei ist eine Mahnung gegen den Missbrauch der Macht und gegen ihre Verwendung zu persönlichen Zwecken.»

Es ist kaum wahrscheinlich, dass das Volk diese «Mahnung» als genügende Garantie anerkennt, jedenfalls ist das Interesse an den Desavouierungen Stalins noch immer sehr gross. Das beweist die Tatsache, dass die neuen Lehrbücher, die am 15. November in den Buchläden Moskaus erstmals in den Verkauf kamen, innert weniger Stunden ausverkauft wurden.

Das Leitmotiv aller bisherigen Desavouierungen Stalins besteht darin, dass man den jahrzehntelangen Terror als einen persönlichen Fehler Stalins bezeichnet und diesem die Partei gegenüberstellt, die treue und weise Führerin des Volkes, die nur seinen Interesen dient.

Die wichtige Frage, deren Beantwortung allein eine gewisse Garantie gegen die Wiederkehr der Willkürherrschaft darstellen könnte, nämlich die Frage über die Mängel und Fehler des ganzen Partei- und Staatssystems, welches solche Willkür und solchen Terror ermöglichten und begünstigten, diese Frage wird trotz neuester Ausgrabungen in den Parteiarchiven nicht gestellt und nicht erörtert, weil sie dieses System unwiderruflich untergraben würde.

GB

Bestellformular

Ich habe folgenden neuen Abonnenten für ein Jahr gewonnen (Bezug ab heute):

_____

_____

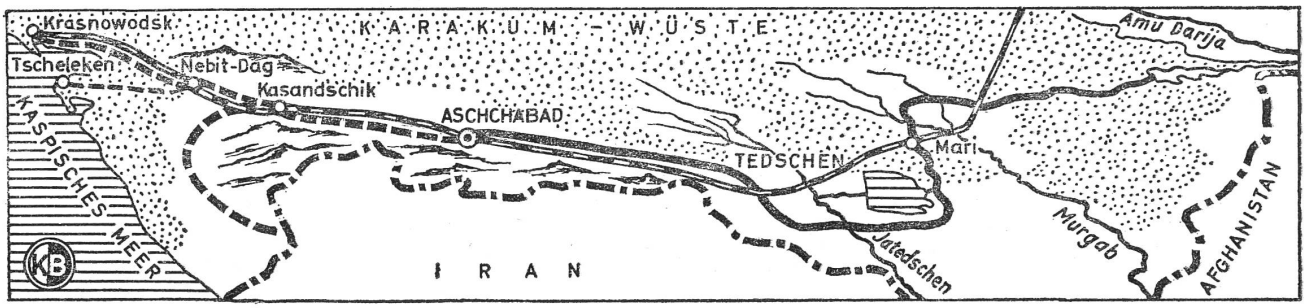
_____

Unterschrift und eigene Adresse

_____

_____

_____



Der Karakum-Kanal, der die Schiffsverbindung zwischen dem Amu-Darja und dem Kaspischen Meer herstellen wird, ist um eine Bauetappe fortgeschritten und reicht nun bis zur turkmenischen Hauptstadt Aschchabad. Der noch nicht ausgeführte Projektteil ist auf unserer Zeichnung (nach der «Iswestija») gestrichelt dargestellt.

Verkehr

Sowjetunion

Vom Eismeer nach Afghanistan

Der «grösste schiffbare Kanal der Welt» ist im abgelaufenen Monat in seinem dritten Teilstück fertigerstellt worden. Es handelt sich um den zentralasiatischen Karakum-Kanal, den 1300 km langen ostwestlichen Verbindungsweg zwischen dem turkestanischen Fluss Amu-Darja und dem Kaspischen Meer. Die (im Rohbau) abgeschlossene Bauetappe liegt zwischen der Tedschen-Oase in der Karakum-Wüste und der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad.

Wenn dazu der allerdings noch fernprojektierte Wolga—Pjetschora-Kanal (siehe KB Nr. 44 1961, «Der Knochenkanal») mit seiner Nord-Süd-Verbindung Wirklichkeit wird, werden Schiffe vom Nördlichen Eismeer via Kaspisches Meer bis nach Afghanistan fahren können.

Der Bau des Karakum-Kanals wurde 1956 in Angriff genommen. Bis 1959 war eine Strecke von 400 km ausgebaut worden. In der anschliessenden Etappe wurde der Kanal 140 weitere Kilometer bis zur Tedschen-Oase weitergeführt. Der jetzt fertig erstellte dritte Teil umfasst 260 km.

Von grösster Bedeutung ist der neue Wasserweg nicht zuletzt für die Bewässerung des Landes, sollen doch die turmenischen Wüstengebiete dadurch zum Teil erst urbar gemacht werden. Der Kanal allein soll dazu später eineinhalbmal soviel Wasser geben als alle Binnengewässer und Quellen dieser Sowjetrepublik zusammengenommen. Bisher wurden durch den Kanalbau gut 150 000 Hektaren Boden landwirtschaftlich erschlossen. Von den 50 Millionen Hektaren Boden Turkmenistans werden gegenwärtig 450 000 Hektaren bewässert.

Verpachtetes Raubgut

Die Sowjetunion hat diesen Herbst ein Abkommen mit Finnland unterzeichnet, wonach diesem der «sowjetische Teil» des Saimaakanals und die Insel Kleine Wisozki verpachtet werden. Die Grosszügigkeit (die diesbezüglichen Verhandlungen dauerten übrigens zwei Jahre; seit dem Besuch des finnischen Präsidenten in Moskau im November 1960) erklärt sich aber: Der ganze Kanal gehört zum ehemaligen finnischen Gebiet, das sich die Sowjetunion nach dem Krieg einverleibt hat.

Unsere Karte zeigt den jetzigen Grenzverlauf am finnischen Meerbusen und den fraglichen Kanal, der die Verbindung zum Saimaasee schafft.

Der Schnappschuss

In Ungarn sind 12 000 Wohnungen «lebensgefährlich», das heisst einsturzgefährdet. 60 Prozent der Bevölkerung leben in Einzimmerwohnungen. 12 000 benützte Wohnräumlichkeiten wurden nicht als solche gebaut, sondern als Geschäftsräume, Magazine usw. Zurzeit sind 70 000 Wohnungsgesuche pendent. Alles Angaben aus der kommunistischen Zeitung «Nepszava».

Bestellformular

Ich bestelle ein Geschenkabonnement (Weihnachtsnummer 1962 bis 31. Dezember 1963) für:

_____

_____

_____

Stellen Sie dem Empfänger/mir* Ihre Geschenkkarte zu.

* Gewünschtes unterstreichen

Unterschrift und eigene Adresse

_____

_____

_____

W. Ju. Achundow ist der Erste Sekretär des KP-Zentralkomitees von Aserbeidschan, also der Parteichef dieser asiatischen Sowjetrepublik.

Vor dem ZK-Plenum vom vergangenen Monat in Moskau erklärte er:

«Man hat in Aserbeidschan Massnahmen ausgearbeitet, welche es ermöglichen, den Siebenjahresplan bezüglich der chemischen Industrie und des industriellen Gesamtvolumens bereits 1964 (also um ein Jahr vorzeitig) zu erfüllen.» («Prawda», 22. November 1962).

Aber bei der ZK-Plenarsitzung in Baku vom 30./31. Oktober hatte der gleiche Achundow gesagt:

«Das Entwicklungstempo der aserbeidschanischen Industrie entspricht dem vom Siebenjahresplan festgelegten Tempo nicht. Die chemische Industrie, die die schnellste Entwicklung aufweist, hat in den ersten vier Jahren des Siebenjahresplanes weit weniger Produkte geliefert als im Plan vorgesehen. Eine Analyse der Arbeitsergebnisse des Volkswirtschaftsrates zeigt für die ersten neun Monate dieses Jahres, dass der Produktionsplan für die gesamte Industrie weder im September noch in den übrigen Monaten erfüllt wurde.» («Bakinskij Rabotschij», 1. November 1962.)

Osthandel

USA

Dialektischer Boykott

Die kommunistische Presse entrüstet sich höchlich darüber, dass auch der Westen dialektische Methoden lernt. Eine private Kampagne in den USA gegen den Osthandel liefert das Beispiel.

Nach polnischen Presseberichten bestehen in den USA zahlreiche Komitees, die gegen den Osthandel bzw. den Kauf von Waren aus kommunistischen Ländern eine scharfe Kampagne führen. Sie fordern in Briefen und Telephonanrufen die einzelnen Geschäftsleute auf, keine Ostwaren zu verkaufen, aber auch der Rundfunk und die Presse werden in diese Aktion eingeschaltet. Da in den USA jede offene Boykottpropaganda verboten ist, enthalten ihre Flugzettel die folgende Inschrift: «Kauft kommunistische Waren im Geschäft... (Name des Geschäftes)», womit die Bevölkerung indirekt aufmerksam gemacht wird, dass dort Ostwaren angeboten werden. Die polnische Regierung will nun für die Gegenpropaganda jene in den USA befindlichen «Polonia-Organisationen» (Emigrationsorganisationen) einsetzen, die mit ihr in Kollaboration stehen (die im polnischen Fall nicht ideologisch sein muss).